



**ALLIANZ
DER CHANCEN**
Initiative für eine neue Arbeitswelt

ENTBÜROKRATISIERUNG UND GANZHEITLICHE AUSRICHTUNG VON FÖRDERKULISSEN

Transformation gemeinsam gestalten,
Förderlogik vereinfachen, Kommunikation digitalisieren
und Innovationsfähigkeit stärken

Positionspapier der Allianz der Chancen

November 2025



Einleitung

Dieses Positionspapier wurde von einer Gruppe aktiver Vorhabenträger erstellt, die in der aktuellen Förderperiode 2021-2027 des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) intensive Erfahrungen mit der Antragstellung, Projektumsetzung und Kommunikation mit den Bewilligungsbehörden gesammelt haben. Ziel ist es, konkrete Verbesserungsvorschläge für die nächste Förderperiode 2028-2034 zu formulieren.

Bürokratieabbau und Anpassung an Unternehmensrealitäten

Die Förderlogik des ESF Plus Programms ist aus der Historie heraus stark auf wissenschaftliche Einrichtungen, gemeinnützige Organisationen und Bildungsträger ausgerichtet. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Fachkräftesicherung, betrieblicher Weiterbildung und sozialer Teilhabe in der Wirtschaft ist es jedoch essenziell, dass auch Unternehmen als Vorhabenträger stärker berücksichtigt werden, da sie einen großen Einfluss auf die relevanten Transformationsthemen haben. Für diese Akteure stellen die derzeitigen bürokratischen Anforderungen, komplexen Nachweispflichten und die unzureichende digitale Infrastruktur eine erhebliche Hürde dar. Im Übrigen stellen die administrativen Anforderungen auch für die verwaltenden Programmbehörden eine enorme Herausforderung dar, wie eine im Auftrag des BMAS im Januar 2025 veröffentlichte Studie¹ herausgearbeitet hat. Um die Förderprogramme für die Wirtschaft attraktiver und zugänglicher zu gestalten, sind ein gezielter Bürokratieabbau, sowie eine praxisnahe Anpassung der Förderrichtlinien an die unternehmerische Realität notwendig. Nur so kann das volle Potenzial des ESF Plus für den Arbeitsmarkt der Zukunft ausgeschöpft werden.

¹ https://www.esf.de/portal/SharedDocs/Publikationen/studie_zukunft_esf_fp_2028-2034.html

Vorschlag an Politik und Verwaltung

Wir schlagen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und den Bewilligungsbehörden vor, die Förderpraxis grundlegend zu überarbeiten und stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen, digitalen Projekten und modernen Arbeitsformen auszurichten. Nur so kann der ESF Plus seine Wirkung in der Breite entfalten und zur nachhaltigen Entwicklung des Arbeitsmarktes beitragen.

Die Weiterentwicklung der Förderpraxis sollte künftig noch konsequenter an gesamtwirtschaftlichen Transformationszielen ausgerichtet werden. Dazu gehören insbesondere Fachkräftesicherung, Digitalisierung, der Erhalt resilienter Wertschöpfungsstrukturen sowie die Unterstützung der wirtschaftlichen Transformation. Eine deutliche Bezugnahme auf diese übergeordneten Zielsetzungen stärkt die strategische Relevanz des ESF Plus und erhöht die politische Anschlussfähigkeit notwendiger Reformen.

Herausforderungen aus der Praxis

Antragsverfahren & Bewilligung

Das Antragsverfahren im Rahmen der ESF Plus Förderpraxis ist für viele Projektträger mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Ein zentrales Problem sind die häufigen Änderungen der Fördergrundsätze – innerhalb einer Förderperiode wurden bereits über zehn Versionen veröffentlicht. Diese Dynamik erschwert eine verlässliche Projektplanung und führt zu einem hohen Mehraufwand bei der Antragstellung und Umsetzung. Die Förderlogik wirkt dadurch inkonsistent und wenig stabil, was insbesondere für Unternehmen mit langfristigen Planungszyklen problematisch ist.

Hinzu kommt, dass die Projektbewilligung nicht transparent erfolgt und sich oft über lange Zeiträume hinzieht. Die Entscheidungsprozesse sind für Projektverantwortliche kaum nachvollziehbar, was zu Verzögerungen in der Projektumsetzung und Unsicherheit bei der Ressourcenplanung führt. Die mangelnde Klarheit über Kriterien und Zeitabläufe behindert eine effiziente Vorbereitung und Umsetzung von Vorhaben und mindert die Wirkung der Fördermaßnahmen.

Einführung einer standardisierten, auch digitalen, Kommunikationsplattform mit den Bewilligungsbehörden

Die Kommunikation mit den Bewilligungsbehörden stellt für viele Projektträger eine zentrale Herausforderung dar. Der Austausch erfolgt überwiegend telefonisch oder per Brief, was zu einer fehlenden digitalen Dokumentation führt. Diese analoge Kommunikationsweise erschwert die interne Abstimmung, verhindert eine transparente Nachverfolgbarkeit von Entscheidungen und führt zu Missverständnissen im Projektverlauf. Besonders problematisch ist, dass Rückmeldungen nicht zentral gespeichert oder für das gesamte Projektteam zugänglich gemacht werden können.

Die Kommunikation innerhalb der Förderpraxis ist häufig nicht standardisiert, wodurch Aussagen und Bewertungen teils unterschiedlich ausfallen. Dies kann zu Unsicherheiten bei der Einhaltung von Vorgaben führen. Unterschiedliche Interpretationen von Richtlinien erschweren eine konsistente Projektsteuerung und erhöhen den Abstimmungsaufwand. Ein hoher Prüfungs- und Bürokratieaufwand führt systemisch zu Belastungen in der Projektbetreuung. Fluktuation und fehlende Vertretungsregelungen können die Kontinuität in der Begleitung beeinträchtigen. Dies erschwert eine verlässliche Kommunikation und eine durchgängige Unterstützung über die gesamte Projektlaufzeit hinweg. Insgesamt zeigt sich, dass die derzeitige Kommunikationspraxis nicht den Anforderungen einer modernen, digitalen Förderlandschaft entspricht.

Nachweispflichten & Prüfprozesse

Die Förderpraxis im Rahmen des ESF Plus ist durch eine Vielzahl an Herausforderungen im Bereich der Nachweispflichten und Prüfprozesse geprägt. Die Anforderungen an die Nachweise sind häufig übermäßig detailliert und nicht praxisnah gestaltet. Für Großunternehmen ist die Bereitstellung personenbezogener Überweisungsbelege oder Kontoauszüge aufgrund interner Compliance- und Datenschutzvorgaben schwer leistbar. Die in ESF-Plus-Projekten geforderten Formate weichen deutlich von realistischen Buchhaltungsprozessen ab und führen zu zeitintensiven Klärungsschleifen mit den Prüfstellen, bevor akzeptable Nachweisformen definiert werden können. Dies führt zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand, der die inhaltliche Arbeit an den Projekten stark einschränkt. Die Dokumentationspflichten orientieren sich oftmals nicht an der Realität der Projektarbeit und verursachen unnötige Bürokratie, die wertvolle Ressourcen bindet.

Neben konzeptionellem Arbeiten ist auch die Förderung der Durchführung von Schulungen ein ausgewiesenes Ziel von ESF-Förderprogrammen. Hier erweist sich die Dokumentation der Schulungsmaßnahmen und der Ausweis der Schulungsteilnahme als enorm zeitaufwendig und die Pflege in den vorgegebenen IT-Systemen als unnötig komplex. So ist für jeden Teilnehmenden nicht lediglich eine einmalige Teilnahmebescheinigung erforderlich, sondern es müssen mehrere separate Formulare zu unterschiedlichen Zeitpunkten ausgefüllt, unterschrieben und im Förderportal hochgeladen werden – etwa zur Anmeldung, zur Teilnahmebestätigung je Schulungstermin sowie zur abschließenden Projektteilnahme. Diese redundanten Dokumentationsschritte führen zu

einem erheblichen administrativen Aufwand, der weder dem Umfang der Maßnahme noch der tatsächlichen Projektrealität entspricht.

Darüber hinaus ist die Projektbewilligung nicht transparent und dauert häufig zu lange. Die fehlende Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsprozesse gefährdet die rechtzeitige Umsetzung der Projekte und mindert die Wirkung der Fördermaßnahmen. Auch die Prüfprozesse selbst sind intransparent und führen zu erheblichen Verzögerungen. Es fehlen klare Strukturen und nachvollziehbare Kriterien, was die Effizienz der Förderpraxis erheblich beeinträchtigt.

Besonders kritisch ist die Tatsache, dass Prüfprozesse nicht standardisiert sind und häufig subjektiven Bewertungen unterliegen. Dies führt zu Unsicherheiten bei den Projektträgern und erhöht den Aufwand für Nachbesserungen und Rückfragen.

Finanzierungslogik & Mittelabruf

Die aktuelle Finanzierungslogik im Rahmen der ESF Plus Förderpraxis stellt für Unternehmen eine erhebliche Herausforderung dar. Insgesamt zeigt sich, dass die Finanzierungslogik und die Mittelabrufprozesse dringend überarbeitet werden müssen. Die Kofinanzierungsanforderungen sind häufig nicht mit den wirtschaftlichen Realitäten vereinbar - insbesondere bei schwankenden Einnahmen oder projektbezogenen Finanzierungsmodellen. Die starren Vorgaben erschweren eine flexible und bedarfsgerechte Mittelverwendung und führen dazu, dass viele potenzielle Projektträger von einer Antragstellung absehen. So müssen bspw. Bundesmittel innerhalb einer knappen Frist (6 Wochen) ausgegeben werden.

Änderungen in der Finanzierungsstruktur sind derzeit ausschließlich über einen vollständigen Änderungsantrag des Gesamtprojektes möglich. Dies erzeugt einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand sowohl beim Vorhabensträger als auch bei der Prüfstelle, da selbst geringfügige Anpassungen den kompletten Änderungsprozess inklusive Neprüfung auslösen. Die Finanzierungspositionen können nicht isoliert angepasst und geprüft werden, obwohl dies der gelebten Praxis in Unternehmen entsprechen würde.

Die zeitlichen Vorgaben für Antragstellung, Mittelabruf und Abrechnung können in der Praxis als herausfordernd empfunden werden, insbesondere im Hinblick auf unternehmerische Planungszyklen. Auch wenn es bei der Abrechnung keine festen Deadlines im engeren Sinne gibt, besteht dennoch ein Abstimmungsbedarf, um die Förderlogik besser mit den operativen

Abläufen der Projektträger zu verzahnen. Dies führt zu Liquiditätsengpässen und erschwert eine strategische Projektsteuerung. Unternehmen benötigen mehr zeitlichen Spielraum, um Fördermittel bedarfsgerecht und effizient einsetzen zu können.

Auch die Prozesse zur Mittelabrufgestaltung sind unnötig komplex und nicht auf die Liquiditätsbedarfe von Unternehmen abgestimmt. Die Anforderungen an Nachweise und die Abstimmung mit den Bewilligungsbehörden verursachen einen hohen administrativen Aufwand und behindern die Umsetzung der Projekte.

Modernisierung der digitalen Infrastruktur & des ZEUS-Portals

Die digitale Infrastruktur im Rahmen der ESF Plus Förderpraxis weist erhebliche Mängel auf, die die effiziente Umsetzung von Projekten behindern. Insbesondere das ZEUS-Portal, das als zentrale Plattform für die Antragstellung und Nachweisführung dient, ist technisch veraltet und wenig benutzerfreundlich. Die Oberfläche ist nicht intuitiv gestaltet, was die Bedienung erschwert und zu häufigen Fehlern bei der Eingabe und Übermittlung von Daten führt.

Darüber hinaus ist das Portal weder barrierefrei noch für mobile Endgeräte optimiert. Dies stellt insbesondere für Projektteams, die flexibel und ortsunabhängig arbeiten, eine zusätzliche Hürde dar. Die fehlende Kompatibilität mit modernen Arbeitsweisen und technischen Standards steht im Widerspruch zu den Anforderungen einer digitalen Förderlandschaft.

Die technischen Defizite des ZEUS-Portals führen zu Frustration bei den Projektträgern und gefährden die fristgerechte Umsetzung von Fördermaßnahmen.

Förderlogik & Skalierbarkeit

Die derzeitige Förderlogik des ESF Plus ist stark auf die Strukturen von Hochschulen, gemeinnützigen Organisationen und Bildungsträgern ausgerichtet. Unternehmen, die zunehmend als Projektträger auftreten, finden sich in den bestehenden Vorgaben kaum wieder. Die Fördermechanismen sind nicht auf die Dynamik unternehmerischer Prozesse abgestimmt und berücksichtigen weder agile Projektmethoden noch die Anforderungen moderner Arbeitsformen. Zusätzlich erschwert die Deckelung der förderfähigen Gehälter durch den TVöD die wirtschaftliche Umsetzung von Projekten in Unternehmenskontexten: Sie verringert die reale Förderquote deutlich und spiegelt nicht die tatsächlichen Kostenstrukturen der Privatwirtschaft wider.

Besonders innovationsorientierte Vorhaben stoßen auf strukturelle Hürden: Die Förderstruktur ist nicht innovationsfreundlich und hemmt kreative Projektansätze durch starre Vorgaben und mangelnde Flexibilität. Dies mindert die Attraktivität der Programme für zukunftsorientierte Unternehmen und verhindert, dass transformative Ideen in die Praxis umgesetzt werden können.

Darüber hinaus fehlt es an Skalierbarkeit für größere Unternehmensprojekte. Komplexe Vorhaben mit mehreren Partnern oder Standorten stoßen schnell an die Grenzen der bestehenden Förderlogik. Derzeit ist es nicht möglich, Projekte mit beteiligten Unternehmenseinheiten aus alten und neuen Bundesländern innerhalb eines gemeinsamen Förderantrags zu bündeln. Diese strukturelle Einschränkung steht im Widerspruch zur Grundidee der Kohäsionspolitik, die auf überregionale Zusammenarbeit und gleichwertige Lebensverhältnisse abzielt.

Besonders deutlich wird das Defizit in Bezug auf die Skalierbarkeit bei der Umsetzung geplanter Schulungsmaßnahmen innerhalb solcher Projekte. Der Verwaltungsaufwand steigt mit der Anzahl der Teilnehmenden erheblich, da derzeit für jede einzelne Person separate Verwaltungsprozesse erforderlich sind. Die aktuelle Förderlogik erschwert Lösungsansätze und hemmt damit die Umsetzung innovativer, überregionaler Bildungsprojekte.

Die Förderpraxis muss dringend weiterentwickelt werden, um auch großvolumige, strategisch relevante Projekte aus der Wirtschaft angemessen zu unterstützen. Eine unternehmensgerechte, innovationsfördernde und skalierbare Förderlogik ist entscheidend, damit der ESF Plus seine Wirkung im wirtschaftlichen Transformationsprozess voll entfalten kann.

Ein eigener Projekttyp für strategische Großvorhaben mit klaren Ansprechpersonen, verbindlichen Bearbeitungsfristen und angepassten Prüfmechanismen würde die Durchführung komplexer, standortübergreifender Programme erheblich erleichtern und deren Wirkungspotenzial steigern.

Öffentlichkeitsarbeit

Zwar bietet die Toolbox eine einheitliche Grundlage für die Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit, dennoch bleiben viele Vorgaben für Projektträger in der praktischen Umsetzung unklar und teilweise schwer verständlich. Die Ausgestaltung wirkt nicht immer praxisnah, was zu Unsicherheiten bei der Anwendung führt und den Kommunikationsaufwand erhöht. Die Vorgaben sind oft komplex und werden nicht konsistent kommuniziert, sodass Projektverantwortliche nicht eindeutig nachvollziehen können, welche Maßnahmen tatsächlich erforderlich sind.

Insbesondere kleinere Unternehmen und Organisationen fühlen sich durch die Anforderungen überfordert. Die geforderten Kommunikationsmaßnahmen stehen häufig in keinem Verhältnis zu den verfügbaren Ressourcen und der Projektgröße. Dies führt dazu, dass die Öffentlichkeitsarbeit nicht als strategisches Instrument genutzt werden kann, sondern als zusätzliche bürokratische Belastung wahrgenommen wird.

Eine klare, realistische und skalierbare Definition der Anforderungen an Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig, um die Sichtbarkeit von Projekten zu stärken, ohne die Träger durch überzogene Vorgaben zu belasten.

Maßnahmen für die nächste Förderperiode

Kommunikation digitalisieren und standardisieren und Transparenz stärken

Die Einführung eines digitalen Kommunikationssystems mit den Bewilligungsbehörden ist essenziell, um die Dokumentation aller Vorgänge nachvollziehbar und effizient zu gestalten. Eine zentrale, digitale Plattform zur strukturierten und dokumentierten Kommunikation würde diese nicht nur vereinheitlichen, sondern wäre auch ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Entlastung aller Beteiligten, sowie zur deutlichen Erhöhung der Transparenz im Förderprozess.

Die Kommunikation mit den Bewilligungsbehörden sollte durch digitale Tools standardisiert werden. Einheitliche Kommunikationswege und dokumentierte Rückmeldungen würden die Qualität der Zusammenarbeit deutlich verbessern.

Eine schriftliche Auskunft ist zu bevorzugen, da sie eine einheitliche Informationsbasis für das gesamte Projektteam schafft. Die Einrichtung eines Chats mit den Bewilligungsbehörden oder eines Chatbots könnte hier Abhilfe schaffen.

Virtuelle Termine, etwa über MS Teams, sollten häufiger ermöglicht werden, um Probleme nicht nur zu beschreiben, sondern auch visuell darzustellen.

Die Erreichbarkeit sollte durch transparente Kommunikation interner Abwesenheiten und Vertretungen verbessert werden, um jederzeit kurzfristig auf Anfragen reagieren zu können.

Prüfprozesse beschleunigen und Nachweispflichten reduzieren und praxisnah gestalten

Um die Effizienz und Fairness in der Projektabwicklung zu steigern, sollten die bestehenden Nachweispflichten grundlegend überarbeitet und praxisnäher gestaltet werden. Ein zentraler Vorschlag zur Entlastung der Projektträger ist die Öffnung für alternative und praxisnahe Nachweisformen.

Dabei könnte beispielsweise zur Entlastung der Projektträger und zur Stärkung der Rechtssicherheit auf bereits vorhandene Unternehmensstrukturen und Prozesse, etwa auf Wirtschaftsprüfungen und etablierte interne Kontrollsysteme, zurückgegriffen werden. Zudem könnte die Anerkennung von Sammelüberweisungsbeträgen als valide Zahlungsnachweise dienen. Solche Ansätze würden die Komplexität verringern, ohne Datenschutzfragen aufzuwerfen, gleichzeitig die Effizienz und Nachvollziehbarkeit der Prüfprozesse stärken und den administrativen Aufwand sowohl für Vorhabenträger als auch für Bewilligungsstellen deutlich reduzieren.

Für den Nachweis von Schulungsteilnahmen könnte es ein Ansatz sein in Form von digital signierten Teilnehmendenlisten die Teilnahme zu dokumentieren und nicht den Nachweis für jeden Teilnehmenden einzeln zu erbringen, wie es aktuell in einigen ESF-Programmen der Fall ist. Eine standardisierte und vereinfachte Handhabung – etwa durch einmalige Dokumentation pro teilnehmende Unternehmen oder die Bündelung ganzer Teilnehmendengruppen – wäre nicht nur effizienter, sondern würde auch die Skalierbarkeit und Praxistauglichkeit größerer Qualifizierungsinitiativen deutlich verbessern, sowie die Flexibilität erhöhen und die Bearbeitungsprozesse vereinfachen.

Gleichzeitig ist es essenziell, dass Prüfprozesse transparent, beschleunigt und anhand klar definierter Kriterien durchgeführt werden. Eine solche Standardisierung würde die Nachvollziehbarkeit verbessern und das Vertrauen in die Verfahren stärken. Um die Nachhaltigkeit zu fördern, sollte der Versand von Originaldokumenten auf ein Minimum reduziert und stattdessen die digitale Ablage bevorzugt werden. Eine Vereinheitlichung und Digitalisierung der Prüfprozesse sowie eine praxisnahe Gestaltung der Nachweispflichten sind dringend erforderlich, um die Förderpraxis effizienter, gerechter und zukunftsfähig zu gestalten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Einführung des sogenannten Once-Only-Prinzips: Mitarbeitende sollten idealerweise nur einmal pro Projektlaufzeit oder zumindest einmal jährlich geprüft werden. Dies würde redundante Prüfungen vermeiden und Ressourcen schonen.

In diesem Zusammenhang kann die Einführung der European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) zudem neue Möglichkeiten für digitale, verifizierbare Nachweise sowie für eine interoperable Identifikation in Förderprozessen bieten. Viele der beschriebenen Herausforderungen,

insbesondere redundante Nachweisanforderungen und fehlende digitale Identitätsstandards, könnten damit perspektivisch adressiert werden. Eine frühzeitige Berücksichtigung der EUDI-Wallet in der Weiterentwicklung der ESF-Förderpraxis würde sicherstellen, dass Unternehmensperspektiven und Anforderungen der betrieblichen Weiterbildung in die nationale Ausgestaltung einfließen.

Zudem wird die Einführung von Bagatellgrenzen empfohlen, sodass Nachweise erst ab einem bestimmten Betrag erforderlich sind. Dies erfordert eine Erhöhung der Fehlertoleranz, sodass kleinere Fehler in der Nachweisführung und Kalkulation keine Nachbesserungen erfordern. Besonders bei kleineren Projekten sollte die Nachweispflicht auf ein sinnvolles Maß reduziert werden. Eine praxisnahe und verhältnismäßige Gestaltung der Anforderungen würde den Verwaltungsaufwand deutlich senken und den Fokus wieder stärker auf die inhaltliche Projektarbeit lenken – dort, wo der eigentliche Mehrwert entsteht.

Mehr Flexibilität und Vereinfachung in der Projektfinanzierung und Mittelverwendung

Um die Durchführung und Abrechnung von geförderten Projekten effizienter und praxisnäher zu gestalten, sollten bestehende finanzielle Regelungen und Prozesse überarbeitet und flexibilisiert werden. Ein zentraler Vorschlag ist die Pauschalierung von Kosten, wo dies sinnvoll und umsetzbar ist – jedoch ohne zusätzliche Nachweispflichten, wie sie derzeit etwa bei der Sachkostenpauschale bestehen. Die Einführung von Durchschnittssätzen (Unit-Costs) oder zumindest die Möglichkeit zur Wahl zwischen verschiedenen Abrechnungsmodellen würde den Projektträgern mehr Handlungsspielraum bieten und den Verwaltungsaufwand reduzieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft die Verwendung von Fördermitteln über mehrere Jahre hinweg. Analog zur Handhabung von ESF-Mitteln sollte auch bei Bundesmitteln eine Übertragung in Folgejahre ermöglicht werden. Dies würde die Mittelverwendung flexibler gestalten und eine bedarfsgerechte Projektplanung unterstützen.

Die Einhaltung des Finanzierungsschlüssels stellt in der Praxis häufig eine Herausforderung dar. Eine Reduzierung der starren Vorgaben und eine stärkere Flexibilisierung im Projektverlauf würden den tatsächlichen Gegebenheiten besser Rechnung tragen. Auch die Kofinanzierungslogik

sollte überarbeitet werden: Die aktuellen Anforderungen sind für viele Unternehmen schwer umsetzbar. Pauschalierte Ansätze oder Wahlmöglichkeiten könnten hier Abhilfe schaffen und die Teilnahme an Förderprogrammen erleichtern.

Darüber hinaus sind die Fristen für Mittelabruf und Projektabrechnung oft zu knapp bemessen. Eine Verlängerung dieser Fristen würde den Projektträgern mehr Planungssicherheit geben, die Liquiditätssteuerung verbessern und unnötigen Druck aus dem Prozess nehmen.

Eine stärkere Orientierung an unternehmerischen Bedürfnissen, mehr Flexibilität bei der Mittelverwendung und eine Vereinfachung der Abrufverfahren sind zentrale Voraussetzungen für eine erfolgreiche Beteiligung von Unternehmen an ESF Plus Förderprogrammen.

ZEUS-Portal benutzerfreundlich und zukunftsfähig gestalten

Um die digitale Antragstellung im Rahmen der ESF Plus Förderpraxis effizienter und nutzerfreundlicher zu gestalten, sollte das bestehende ZEUS-Portal grundlegend überarbeitet oder durch ein zeitgemäßes System ersetzt werden. Förderportale wie profi-Online sind klarer aufgebaut und deutlich leichter zu administrieren. Eine intuitive Oberfläche, barrierefreie Zugänge und automatisierte Prüfmechanismen würden die Bedienung erleichtern und Fehlerquellen deutlich reduzieren.

Besonders der Upload von Nachweisen muss vereinfacht werden. Die Einführung von Gastzugängen für Projektteammitglieder mit eingeschränkten Funktionen könnte eine datenschutzkonforme Einreichung sensibler Personaldokumente ermöglichen. Zudem sollte die Upload-Funktion erweitert werden, um eine strukturierte Darstellung, Sortierung, Umbenennung und Datierung von Dokumenten zu ermöglichen – für mehr Übersicht und Nachvollziehbarkeit.

Eine grundlegende Modernisierung der digitalen Infrastruktur ist dringend erforderlich, um die Prozesse zu vereinfachen, die Fehleranfälligkeit zu reduzieren und die digitale Zusammenarbeit mit den Bewilligungsbehörden zukunftsfähig zu gestalten.

Förderlogik modernisieren – Innovation und Klarheit stärken

Um Förderprogramme attraktiver und zukunftsfähiger zu gestalten, sollte die Förderlogik stärker auf innovationsorientierte Projekte ausgerichtet werden. Flexible Rahmenbedingungen und kreative Freiräume ermöglichen neue Ansätze und erhöhen die Beteiligung von Unternehmen. Besonders bei Projekten mit hohem Innovationspotenzial sind starre Vorgaben hinderlich – hier braucht es mehr Gestaltungsfreiheit.

Digitale und hybride Arbeitsformen sollten gezielt durch Pilotprojekte gefördert werden. Sie tragen zur Modernisierung der Arbeitswelt bei und eröffnen neue Möglichkeiten in der Projektumsetzung. Eine solche Förderung unterstützt nicht nur technologische Entwicklungen, sondern auch neue Formen der Zusammenarbeit.

Einheitliche und verständliche Fördergrundsätze sind essenziell für eine verlässliche Projektplanung. Häufige Änderungen und komplexe Formulierungen führen zu Unsicherheit bei Antragstellenden und erschweren die Umsetzung. Eine klare, konsistente Förderlogik über die gesamte Förderperiode hinweg würde die Prozesse deutlich vereinfachen. Für eine verlässliche Planung und erfolgreiche Umsetzung langfristiger Qualifizierungs- und Investitionsvorhaben ist eine konsistente und über die gesamte Förderperiode stabile Förderlogik entscheidend.

Um die Förderpraxis zu verbessern, braucht es ein vereinfachtes, konsistentes und transparentes Antragsverfahren mit klaren Vorgaben und nachvollziehbaren Entscheidungswegen. Nur so kann die Beteiligung von Unternehmen gestärkt und die Wirkung der Fördermittel nachhaltig erhöht werden.

Zudem sollten Prüfbehörden verpflichtet werden, verbindliche Bearbeitungsfristen einzuhalten – von der Antragstellung bis zur Bewilligung. Ein transparenter und planbarer Ablauf erhöht die Effizienz und stärkt das Vertrauen in die Förderverfahren.